

*Vertreter des Japanischen Friedenskomitees und deutscher Friedensgruppen haben sich in Frankfurt am Main getroffen – aus einem Erfahrungsaustausch erwuchs der beiderseitige Wunsch nach engerer Zusammenarbeit!*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 176/07 – 27.08.07**

## **Ermutigende Begegnung mit einer Delegation des Japanischen Friedenskomitees**

Am Freitag, dem 24.08.07, fand im DBG-Haus in Frankfurt eine mehrstündige Zusammenkunft japanischer und deutscher Friedensfreundinnen und Friedensfreunde statt. Vertreter/innen des Japanischen Friedenskomitees aus Tokio, verschiedenen anderen japanischen Städten und von der Insel Okinawa tauschten sich mit Vertreter/innen des Deutschen Friedensrates Berlin, der Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt, des Ostermarschs Ruhr, des Ramsteiner Appells und einer BI über Ziele ihrer Friedensarbeit, ihre bisherigen Erfahrungen und ihre künftigen Vorhaben aus. Auch ein ATTAC-Mitarbeiter nahm teil.

Japan hat aus der aggressiven Expansionspolitik im Zweiten Weltkrieg ähnliche Lehren wie Deutschland gezogen.

Der Artikel 26 unseres Grundgesetzes gebietet: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Der Artikel 9 der japanischen Verfassung lautet: "1) In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten.

2) Um das Ziel des vorhergehenden Absatzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegsführung wird nicht anerkannt."

Die japanische Armee, die es nach diesen eindeutigen Festlegungen überhaupt nicht geben dürfte, erhielt deshalb den Namen "Japanische Selbstverteidigungsstreitkräfte". Um ihre Soldaten künftig auch für Kampfeinsätze im Ausland verfügbar zu machen, erwägt Japans Regierung die Streichung dieses Artikels 9. Die japanische Friedensbewegung möchte das absolute Friedensgebot in der Landesverfassung erhalten und will eine Verfassungsänderung mit einer Unterschriften-Kampagne verhindern.

Weil in den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki durch US-Atombomben bis heute Hunderttausende Menschen starben und sterben, will die japanische Friedensbewegung die Abschaffung aller Atomwaffen durchsetzen und wehrt sich gegen alle Versuche der US-Navy, einen atomar angetriebenen Flugzeugträger auf Dauer in einem japanischen Hafen zu stationieren. Auch die gelegentlichen Besuche von US-amerikanischen Atom-U-Booten werden strikt abgelehnt.

Das Japanische Friedenskomitee, das die Friedensaktivitäten an verschiedenen US-Stationierungsorten und in wichtigen Städten Japans koordiniert, hat die Auflösung aller US-Basen in Japan zu einem gemeinsamen Hauptziel der Friedensbewegung des Landes erklärt.

Vier Mitglieder der Delegation kamen aus dem Regierungsbezirk Shizuoka, in dem der Fudschijama liegt. Am Fuß ihres höchsten Berges, den alle Japaner als Symbol ihres Landes verehren, liegt das Camp Fuji, eine der mehr als 130 US-Militärbasen, die es 62 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer noch in Japan gibt. Dort übt die US-Army seit dem Jahr 2000 mit Granaten, die weißen Phosphor enthalten. Damit wurde auch die irakische Stadt Falludscha beschossen, obwohl Phosphor-Granaten nicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden dürfen.



US-Manöver mit Phosphor-Granaten am Fuß des Fudschijama (Foto: Japanisches Friedenskomitee)

Bei dem Meinungs austausch wurde deutlich, dass Okinawa und die US-Militärregion Kaiserslautern mit jeweils über 40.000 US-Amerikanern die beiden größten US-Stützpunkte außerhalb der Vereinigten Staaten sind (s. LP 174/07).

Die japanische Friedensbewegung fordert wie wir die Schließung aller US-Basen, weil diese – wie die US-Basen in der Bundesrepublik – zur Vorbereitung der völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege der Bush-Administration dienen.

In seinem Statement hatte ein Vertreter der Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt erklärt, "Aktivitäten gegen US-Basen seien noch kein fest verankertes Thema der deutschen Friedensbewegung". In Gesprächen, die während eines Beisammenseins im Anschluss an das Treffen im DGB-Haus geführt wurden, wollten mehrere Teilnehmer der japanischen Delegation wissen, warum lokaler Widerstand gegen US-Basen – wie der einer BI gegen die US-Air Base Ramstein und andere US-Einrichtungen in der Region Kaiserslautern – nicht von der deutschen Friedensbewegung koordiniert und unterstützt würde. Wir schilderten die zahlreichen Bemühungen in diese Richtung und äußerten die Hoffnung, dass einflussreiche Personen und Gruppen in unserer Bewegung aus den Erfahrungen des Japanischen Friedenskomitees lernen könnten. Auch in der Bundesrepublik muss der Widerstand gegen die US-Basen zu einem gemeinsam verfolgten Anliegen werden.

[www.luftpост-kl.de](http://www.luftpост-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**